

PRESSEMITTEILUNG

Die Zukunft der bpb ist mehr als eine Personalfrage

Zwischenruf des Bundesausschuss Politische Bildung (bap) e.V. zur aktuellen Situation der Bundeszentrale für politische Bildung

Bonn, 25.09.2026 – Die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) ist eine der zentralen Institutionen der politischen Bildung in Deutschland. Für die anerkannten Träger ist sie weit mehr als Fördergeberin. Sie ist fachliche Partnerin, Kooperationspartnerin, Impulsgeberin und Plattform für den Austausch zwischen staatlicher und zivilgesellschaftlicher politischer Bildung. Sie setzt Themen, entwickelt und verbreitet Bildungsangebote und trägt dazu bei, politische Bildung öffentlich sichtbar zu machen.

Zugleich ermöglicht ihre Richtlinienförderung eine vielfältige und plural organisierte Trägerlandschaft. Diese Verbindung von staatlicher Institution und eigenständiger Zivilgesellschaft ist eine besondere Stärke der politischen Bildung in Deutschland.

Umso aufmerksamer und mit zunehmender Sorge beobachten wir die derzeitige Entwicklung der Bundeszentrale.

Politische Bildung braucht Rückhalt statt Misstrauen

Politische Bildung steht gegenwärtig vor großen Herausforderungen: gesellschaftliche Polarisierung, demokratiefeindliche und extremistische Tendenzen, Desinformation sowie internationale Konflikte und Krisen. Gleichzeitig wird politische Bildung zunehmend selbst zum Gegenstand politischer und medialer Auseinandersetzungen.

Eine hohe Frequenz parlamentarischer Anfragen mit oftmals ähnlicher Stoßrichtung, Debatten über vermeintliche „Neutralität“ und öffentliche Angriffe auf einzelne Akteure gehören inzwischen zum Alltag politischer Bildung. Kritik, parlamentarische Kontrolle und Transparenz sind selbstverständlich legitim und notwendig. Problematisch wird es jedoch, wenn daraus ein grundsätzliches Misstrauen gegenüber politischer Bildung und ihren Akteuren entsteht.

In dieser Situation brauchen wir eine starke und handlungsfähige bpb. Sie muss politische Bildung fachlich selbstbewusst vertreten und ihre Überparteilichkeit und fachliche Freiheit gegenüber Politik und Öffentlichkeit gewährleisten.

Die Entwicklungen der vergangenen Monate haben deshalb auch bei den Trägern Verunsicherung ausgelöst. Nach dem Ende der langjährigen Präsidentschaft von Thomas Krüger übernahm Sönke Rix im März 2026 die Leitung und schied bereits Ende Juli wieder

aus. Seit dem 1. August wird die bpb kommissarisch durch ihren Vizepräsidenten Dr. Volker Ullrich geführt.

Hinzu kommt die Umsetzung der umfassenden Organisationsreform der bpb, deren neue Struktur bereits zum 1. September 2025 in Kraft getreten ist. Eine solche Reform ist für eine große Institution ein erheblicher Veränderungsprozess. Umso wichtiger ist, wie diese neue Struktur nun mit Leben gefüllt wird.

Für uns als Träger ist bislang nicht hinreichend erkennbar, welches fachliche Gesamtbild die Umsetzung der neuen Organisationsstruktur leitet. Wir wünschen uns deshalb Transparenz und einen Dialog mit der Fachpraxis. Mit uns sprechen, bevor über uns gesprochen und über Strukturen entschieden wird, muss auch für die weitere Entwicklung der bpb gelten.

Die neue Leitung muss Vertrauen schaffen

Nun ist durch Medienberichte bekannt geworden, dass Nina Hauer als neue Präsidentin der Bundeszentrale vorgesehen ist. Eine offizielle Bestätigung steht noch aus. Gerade vor dem Hintergrund der derzeitigen Situation kommt der neuen Präsidentin eine besondere Verantwortung zu. Entscheidend wird sein, ob es ihr gelingt, Vertrauen innerhalb der bpb und in der Fachlandschaft zu stärken, die Überparteilichkeit und fachliche Unabhängigkeit der Institution sichtbar zu gewährleisten und die Umsetzung der Organisationsreform fachlich überzeugend zu gestalten. Eine neue Präsidentin sollte deshalb von Beginn an den Dialog suchen – mit den Mitarbeitenden ebenso wie mit Wissenschaft und der Trägerlandschaft.

Überparteilichkeit institutionell absichern

Die aktuelle Situation wirft jedoch noch eine grundsätzliche Frage auf: Sind die institutionellen Rahmenbedingungen der bpb überhaupt geeignet, ihre Überparteilichkeit und fachliche Unabhängigkeit langfristig zu gewährleisten?

Bis heute beruht die bpb institutionell auf einem Organisationserlass und ist dem Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern zugeordnet. Eine Institution, deren Glaubwürdigkeit wesentlich von ihrer wahrgenommenen Überparteilichkeit abhängt, sollte jedoch so organisiert sein, dass bereits der Eindruck parteipolitischer Einflussnahme möglichst vermieden wird.

Der von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorgelegte Entwurf eines Gesetzes über die Bundeszentrale für politische Bildung setzt hier einen wichtigen Impuls. Er schlägt unter anderem vor, die bpb erstmals gesetzlich zu verankern, sie als bundesunmittelbare rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts auszugestalten, beim Deutschen Bundestag anzusiedeln und die Aufsicht auf eine Rechtsaufsicht zu beschränken. Ähnliche

Vorschläge gibt es für die Anbindung der Landeszentralen an die Landtage. Im Falle der bpb könnte eine rechtlich abgesicherte größere Unabhängigkeit vom BMI ihre Arbeit über Regierungswechsel hinweg schützen. Bei einer Regierungsbeteiligung extremistischer Parteien und einem entsprechend geführten Innenministerium hätten diese nach der derzeitigen Konstruktion über die Fachaufsicht und die Berufung der bpb-Leitung erhebliche Einflussmöglichkeiten – im äußersten Fall stünde die bpb als Ganzes auf dem Spiel. Eine Entkopplung vom BMI ist damit eine denkbare Möglichkeit zur langfristigen Absicherung der Behörde.

Der bap macht sich nicht jede einzelne Regelung dieses Gesetzentwurfs zu eigen. Insbesondere die Verfahren zur Besetzung der Leitung sowie die Zusammensetzung von Kuratorium und wissenschaftlichem Beirat bedürfen einer sorgfältigen Diskussion.

Wir halten aber die grundsätzliche Frage, die der Entwurf aufwirft, für richtig und dringend: Wie müssen Rechtsform, institutionelle Anbindung und Aufsicht der bpb gestaltet sein, damit ihre Überparteilichkeit, fachliche Unabhängigkeit und Handlungsfähigkeit dauerhaft gesichert sind?

Diese Debatte sollte jetzt geführt werden – offen und unter Beteiligung von Bundestag und Bundesregierung, Wissenschaft, Mitarbeitenden der bpb und der Trägerlandschaft. Zur institutionellen Zukunft gehört auch die Frage, wie die bpb ihren Bildungsauftrag und die Richtlinienförderung für eine vielfältige Trägerlandschaft dauerhaft verlässlich erfüllen kann. Der bap fordert deshalb Transparenz über die weitere Entwicklung der Bundeszentrale und einen verbindlichen Dialog mit der Fachpraxis.

Dafür braucht es demokratische Kontrolle und Transparenz ebenso wie fachliche Freiheit und institutionelle Unabhängigkeit. Vor allem aber braucht politische Bildung Vertrauen: Denn wer Vertrauen in die Demokratie stärken will, muss auch denjenigen vertrauen, die sie jeden Tag vermitteln und erfahrbar machen – den zivilgesellschaftlichen Trägern ebenso wie der bpb.

Der bap setzt sich für eine starke, fachlich unabhängige, überparteiliche und verlässlich ausgestattete Bundeszentrale für politische Bildung ein. Es geht nicht weniger als um die langfristige Absicherung einer Institution, die ein wesentlicher Bestandteil der demokratischen Infrastruktur unseres Landes ist.

Kontakt

Für Nachfragen wenden Sie sich bitte an Andrea Rühmann, Vorsitzende des bap:
[ruehmann\(at\)bap-politischebildung.de](mailto:ruehmann(at)bap-politischebildung.de)

Bundesausschuss Politische Bildung (bap) e.V.

Der Bundesausschuss Politische Bildung (bap) e.V. ist ein Zusammenschluss von 32 bundesweit tätigen Verbänden und Einrichtungen. Alle Verbände eint das Ziel, politische Jugend- und Erwachsenenbildung zu verbreiten, zu stärken und zu fördern sowie die Interessen dieses Arbeitsbereichs gegenüber Politik, Behörden und Gesellschaft zu vertreten.

Mehr zum Bundesausschuss Politische Bildung (bap) e.V.: www.bap-politischebildung.de